GEMEINDE BEELEN: BEBAUUNGSPLAN "Axtbachtal III", 5. Änderung

Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

A. Rechtsgrundlagen der Planung

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414); zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24.12.2008 (BGBl. I S. 3018);
Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132); zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);
Planzeichenverordnung (PlanzV 90) i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58);
Landesbauordnung (BauO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW S. 256); zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.2008 (GV. NRW S. 644);
Landeswassergesetz (LWG NRW) in der z.z. geltenden Fassung;
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193); zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986);
Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666); zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV. NRW S. 514).

B. Planzeichen und Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- WA**
2 Wo
- GRZ 0,4
GFZ 0,5
- II**
- FHmax. 8,0 m
THmax. 4,3 m
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 und Nr. 6 BauGB)**
- 1.1 Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
- 1.2 Beschränkung der Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9(1) Nr. 6 BauGB): zulässig sind maximal 2 Wohnungen je Wohngebäude bzw. maximal 1 Wohnung je Doppelhaushälfte.
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
- 2.1 Grundflächenzahl GRZ (§ 19 BauNVO), Höchstmaß, hier 0,4
- 2.2 Geschossflächenzahl GFZ (§ 20 BauNVO), Höchstmaß, hier 0,5
- 2.3 Zahl der Vollgeschosse (§ 20 BauNVO), Höchstmaß, hier 2 Vollgeschosse
- 2.4 Höhe baulicher Anlagen (§ 16 i.V.m. § 18 BauNVO) in Meter über Bezugspunkt, hier: Oberkante Fahrbahnrand/Gehweg der fertig ausgebauten Erschließungsstraße
 Berechnung des Bezugspunktes je Baugrundstück: Mittelwert der 2 höchsten Punkte der Oberkante Fahrbahnrand/Gehweg in Höhe der 2 Grundstücksckpunkte mit der Straßenbegrenzungslinie der Straße, die zur Erschließung bestimmt ist. Bei Eckgrundstücken gilt jeweils die längere Grundstücksseite, bei Ausrundungen im Straßenzug ist der mittlere Punkt festzulegen.
 a) Maximal zulässige Firsthöhe in Meter (= Oberkante First), hier 8,00 m
 b) Maximal zulässige Traufhöhe in Meter (= Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberkante Dachhaut), hier 4,30 m
- 3. Bauweise; überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen und Stellung der baulichen Anlagen (§ 9(1) Nr. 2 BauGB)**
- 3.1 Bauweise (§ 22 BauNVO):
Offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- 3.2 Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)
= durch Baugrenzen umgrenzter Bereich oder nicht überbaubare Grundstücksfläche
- 3.2.1 Einschränkung nach § 23(5) BauNVO für Garagen und überdachte Stellplätze (Carpports): Diese müssen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen im Zufahrtsbereich einen Abstand von mindestens 5 m zur Begrenzungslinie öffentlicher Verkehrsflächen einhalten.
- 4. Verkehrsflächen (§ 9(1) Nr. 11 BauGB)**
- 4.1 Straßenbegrenzungslinie
- 5. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen**
- 5.1 Sichtfelder (§ 9(1) Nr. 10 BauGB) sind von Sichtbehinderungen jeglicher Art in einer Höhe zwischen 0,8 m und 2,5 m über Fahrbahnoberkante ständig freizuhalten.
- 5.2 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Axtbachtal“ (§ 9(7) BauGB)
- 6. Gestalterische Festsetzungen (§ 86 BauO i.V.m. § 9(4) BauGB)**
- 6.1 Dachform der Hauptbaukörper mit jeweils zulässiger Dachneigung gemäß Pläneintrag, siehe auch textliche Festsetzung Nr. C.1.1:
Sattel- (SD), Krüppelwalm- (KW) und Walmdach (WD) mit 28°-32° Dachneigung zulässig
- 6.2 Hauptfirstrichtung und Gebäudelängsachse der Hauptbaukörper
- 6.3 Vorgartenbereich mit Gestaltungsvorschriften gemäß textlicher Festsetzung C.1.4b

C. Festsetzungen gemäß § 86 BauO NRW in Verbindung mit § 9(4) BauGB - örtliche Bauvorschriften -

- 1. Gestaltung baulicher Anlagen sowie Gestaltungs- und Bepflanzungsvorschriften (§ 86(1) Nr. 1 und Nr. 5 BauO)**
- 1.1 Dachform und Dachneigung der Hauptbaukörper gemäß Eintrag in der Plankarte. Bei Nebendächern, untergeordneten Bauteilen und Nebengebäuden sind auch andere Dachformen und -neigungen zulässig.
- 1.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte, Dachgestaltung:
- a) Alle über der Traufe angeordneten Bauteile wie Dachaufbauten (z.B. Dachgauben) und Dacheinschnitte (z.B. Loggien) müssen vom Organg einen Abstand von mindestens 2,0 m einhalten. (Bestimmung des Organges: Schnittkante der Dachfläche mit der Giebelwand)
- b) Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind nur in einer Geschossebene zulässig, im Spitzbodenbereich (= 2. Ebene im Dachraum) sind Dachaufbauten und Dacheinschnitte unzulässig. Dachüberstände sind bis zu 0,75 m zulässig.
- c) Der Abstand der Schnittlinie der Gaube mit dem Hauptdach muss vom First mindestens zwei Dachziegelreihen (ca. 0,7 m) betragen.
- d) Firstoberkante von Nebendächern: mind. 50 cm unterhalb Oberkante Hauptfirst.
- hinweis: Extensive Dachbegrünungen und Solaranlagen sind ausdrücklich zulässig.
- 1.3 Als Dacheindeckung sind für geeignete Hauptdächer Betondachsteine oder Tonziegel in roten bis braunen Farben oder in den Farben von anthrazit bis schwarz zulässig (Abgrenzung zu grau: gleich oder dunkler als RAL 7016 anthrazitgrau). Bei untergeordneten Bauteilen und Nebenanlagen sind auch andere Materialien und Farben zulässig. Glänzende, glasierte bzw. lasierte Dachsteine/-ziegel sind ausdrücklich unzulässig.

- 1.4 Die Sockelhöhe (= OK Fertigfußboden Erdgeschoss) darf maximal 0,55 m über dem zur Höhenfestsetzung nach § 18 BauNVO definierten Bezugspunkt (vgl. Festsetzung B. 2.4) betragen.
- 1.5 Einfriedungen
- a) Einfriedungen sind nur als standortgerechte Laubhecken zulässig. Innerhalb dieser oder rückwärtig zur Gartenseite sind Kombinationen mit Drahtgeflecht oder Holz möglich, diese müssen mindestens 0,5 m von öffentlichen Verkehrsflächen abgesetzt sein.
- b) In den durch Schraffur in der Plankarte gekennzeichneten Vorgärten sind entlang der Straßenverkehrsflächen Einfriedungen nur bis zu einer Höhe von maximal 0,5 m über Straßenoberkante bzw. Geländeneiveau zulässig.
- 1.6 Gestaltung der Fassaden
Die Außenwandflächen der Hauptgebäude sind als rotes bis rotbraunes Sicht-/Verblendmauerwerk auszuführen. Bossierte bzw. gewölbte Klinker sind unzulässig. Putz und andere Materialien sind bis zu einem Flächenanteil von 30 % je Fassadenseite zulässig.
- 1.7 Gestalterische Einheit von Doppelhäusern: Doppelhäuser sind in den gestalterischen Grundaussagen Dachform, Dachneigung (+/-3° Toleranz), Dachfarbe und Fassadenmaterial jeweils gleich auszuführen. Abweichungen können bei einem einheitlichen Architekturkonzept zugelassen werden.

2. Ausdrückliche Hinweise und Empfehlungen zu den Bauvorschriften

Bei Gestaltungsfragen wird insbesondere in Zweifelsfällen eine frühzeitige Abstimmung mit der Gemeinde empfohlen.
 Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften richten sich nach § 73 BauO NRW.
 Zuwiderhandlungen gegen örtliche Bauvorschriften sind Ordnungswidrigkeiten i.S. der Bußgeldvorschriften des § 84 BauO NRW und können entsprechend geahndet werden.

D. Katasteramtliche und sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter

E. Sonstige Hinweise

- 1. Altlasten:**
Im Plangebiet sind keine Altlasten bekannt. Unabhängig davon besteht nach § 2(1) Landesbodenschutzgesetz die Verpflichtung, Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder einer schädlichen Bodenveränderung unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen, sofern derartige Feststellungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen, Baugrunduntersuchungen oder ähnlichen Eingriffen in den Boden und in den Untergrund getroffen werden.
- 2. Bodendenkmale:**
Werden bei Erdarbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodendenkmale (Tonscherben, Metallfunde, Bodenverfärbungen, Knochen etc.), ist gemäß Denkmalschutzgesetz NRW die Entdeckung sofort der Gemeinde oder dem Amt für Bodendenkmalpflege anzuzeigen. Die Entdeckung ist in unverändertem Zustand zu erhalten.
- 3. Fluglärm:**
Die Wehrbereichsverwaltung West weist darauf hin, dass das Plangebiet unterhalb des Schutzbereichs des Militärflugplatzes Gütersloh liegt, dass aufgrund dieser Lage mit Lärm- und Abgas-Emissionen durch den militärischen Flugbetrieb zu rechnen ist und dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr wegen des frühzeitigen Hinweises nicht anerkannt werden. Der Änderungsbereich ist bereits seit langer Zeit als Wohngebiet bebaut. Ggf. problematische Lärm- oder Abgasemissionen durch den militärischen Flugbetrieb sind der Gemeinde nicht bekannt.

GEMEINDE BEELEN: BEBAUUNGSPLAN „AXTBACHTAL III“, 5. ÄNDERUNG

Bearbeitung in Abstimmung mit der Verwaltung:
Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung
Tischmann Schrooten
Berliner Straße 38, 33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel. 05242 / 55 09-0, Fax. 05242 / 55 09-29

September 2009
Gez.: Mp
Bearb.: Sc, Di

Änderungsbeschluss gemäß § 2(1) BauGB	Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden	Satzungsbeschluss gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Planunterlagen
Die Änderung des Bebauungsplanes ist gemäß § 2(1) BauGB vom Rat der Gemeinde Beelen am 25.06.2009 beschlossen worden. Dieser Beschluss ist durch Aushang im Bekanntmachungskasten der Gemeinde Beelen und durch gleichzeitigen Hinweis auf der Internetseite www.beelen.de öffentlich bekannt gemacht worden. Beelen, den 01.10.2009. <i>[Signature]</i> Bürgermeisterin	Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit wurde gemäß § 13(2) Nr. 2 BauGB wie folgt durchgeführt: - öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB in der Zeit vom 27.07.2009 bis 10.08.2009 einschließlich. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 23.07.2009 gemäß § 13(2) Nr. 3 BauGB beteiligt. Beelen, den 01.10.2009. <i>[Signature]</i> Bürgermeisterin	Diese Änderung des Bebauungsplanes wurde vom Rat der Gemeinde Beelen gemäß § 10(1) BauGB am 29.09.2009 mit Ihren planungs- und baurechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen. Beelen, den 01.10.2009. <i>[Signature]</i> Bürgermeisterin	Der Beschluss der Bebauungsplan-Änderung ist gemäß § 10(1) BauGB ist vom 02.10.2009 bis zum 12.10.2009 einschließlich durch Aushang im Bekanntmachungskasten der Gemeinde Beelen und gleichzeitig durch den für die Bekanntmachung erforderlichen Hinweis auf der Internetseite www.beelen.de gemäß § 10(3) BauGB mit Hinweis darauf bekannt gemacht worden, dass die Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung während der Dienststunden in der Verwaltung zu jeder Einnahme bereit gehalten wird. Mit der erfolgten Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten. Beelen, den 12.10.2009 <i>[Signature]</i> Bürgermeisterin	Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der PlanzV 90 vom 18.12.1990. Der Bebauungsplan ist erstellt auf der Liegenschaftskarte vom Kreis Warendorf, Vermessungs- und Katasteramt. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist - i.V. mit dem digitalen Planungsdaten-Bestand (hier: DXF-Datei) als Bestandteil dieses Bebauungsplanes - geometrisch eindeutig. Geobasisdaten: Katasteramt Warendorf Ifd.Nr. ...